

Antrag an die Stadtverordnetenversammlung

Bezahlbaren Wohnraum sichern - Nassauische Heimstätte nicht verkaufen!

Die *Stadtverordnetenversammlung/Gemeindevertretung* möge beschließen:

- 1.) Die *Stadtverordnetenversammlung/Gemeindevertretung* spricht sich gegen die Pläne der Hessischen Landesregierung aus, den Landesanteil an der Nassauischen Heimstätte, und damit auch ca. xxxxxx Wohnungen in xxxxx, verkaufen zu wollen und unterstützt damit den Protest des DGB und des Mieterbundes und vieler Mieterinnen und Mieter der Nassauischen Heimstätte gegen einen Verkauf ihrer Wohnungen.
- 2.) Der *Magistrat/Gemeindevorstand* wird beauftragt, umgehend mit der Landesregierung Gespräche zu führen, mit dem Ziel, dass diese vom Verkauf der Landesanteile an der Nassauischen Heimstätte – Wohnstadt Abstand nimmt. Die Nassauische Heimstätte-Wohnstadt soll als große landesweite Wohnungsbaugesellschaft erhalten und ausgebaut werden.
- 3.) Der *Magistrat/Gemeindevorstand* wird gebeten, die *Stadtverordnetenversammlung/Gemeindevertretung* über die Ergebnisse dieser Gespräche zu unterrichten.

Begründung:

Wie seit Mitte Dezember 2011 bekannt ist, plant die hessische Landesregierung den Verkauf ihrer Landesanteile der Nassauischen Heimstätte. Davon wären knapp 62.000 Wohnungen und 144.000 Bewohnerinnen und Bewohner betroffen. In _____ befinden sich ca. XXXXX Wohnungen mit Schwerpunkten im/in _____ (Stadtteile, Straßenzüge, usw.).

Öffentliche Wohnungsunternehmen leisten einen unverzichtbaren Beitrag zur Versorgung mit preisgünstigem Wohnraum – insbesondere für Menschen mit niedrigeren Einkommen. Angesichts des sich zuspitzenden Mangels an bezahlbarem Wohnraum in unserer Stadt wird die Rolle dieser öffentlichen Wohnungsunternehmen noch wichtiger. Sie können politisch als Marktregulativ gegen die Explosion der Mietpreise und Immobilienspekulation wirken. Zudem werden öffentliche Wohnungsbaugesellschaften benötigt, damit die Modernisierung und energetische Sanierung der großen Wohnungsbestände für die Mieter bezahlbar bleibt. Die Zukunft eines klimagerechteren Wohnungsbestandes wird davon abhängen, dass sich diese Unternehmen aktiv an der Stadtsanierung beteiligen.

Hierzu leistet die Nassauische Heimstätte als Wohnungsbaugesellschaft im Landesbesitz auch in _____ einen erheblichen Beitrag.

Mittlerweile haben verschiedene kommunale Gremien sich für einen Verbleib der Mehrheitsanteile an der Nassauischen Heimstätte in den Händen des Landes Hessen ausgesprochen. Aufgrund eines gemeinsamen Antrags von CDU und Grünen fasste sogar die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Frankfurt, die zweitgrößter Anteilseigner an der Nassauischen Heimstätte ist, einen entsprechenden Beschluss. Die

Stadtverordneten/Gemeindevertreter der *Stadt/Gemeinde* _____
sollten sich diesen Initiativen anschließen.